



Quelle: Nachlass Schreck

Eigensinn: Julius Schreck äußerte immer wieder Kritik am NS-Regime und wurde wegen angeblicher „Heimtücke“ vom Schleswig-Holsteinischen Sondergericht Kiel verurteilt

„Er hat die Seelen der ihm anvertrauten deutschen Jugend vergiftet“

Julius Schreck, ein politisch verfolgter Lehrer aus Reinbek

Einleitung

Die Schule ist ein Ort, der junge Menschen prägt und sie beeinflusst. In der Zeit des Nationalsozialismus übte der Staat gerade hier seinen Einfluss auf die Kinder und Heranwachsenden aus. Insofern ist nicht nur die Analyse der Schulpolitik aufschlussreich, sondern vor allem auch der Blick auf einzelne Schulen, denn durch sie wäre es möglich, die jeweilige Institution und ihre Akteure in der NS-Zeit zu identifizieren. Auch wenn zum Thema Schule und Nationalsozialismus zahlreiche Publikationen vorliegen,¹ fehlen doch Studien zu den meisten Schulen in Deutschland, obwohl sie ein spannendes und zugleich ergiebiges Forschungsfeld auch für die Schulen selbst böten.

Darüber hinaus bietet der Themenkomplex Schule im Nationalsozialismus zahlreiche weitere Forschungsfelder. So ist der Nationalsozialistische Lehrerbund in Schleswig-Holstein bisher nur im Ansatz untersucht,² und gerade dessen Publikationsorgan bietet die Möglichkeit für neue Forschungen, beispielsweise die Untersuchung der einzelnen Fachdisziplinen. Zumindest für Schleswig-Holstein wurde zudem der Aspekt der Lehrer, die aus politischen Gründen verfolgt wurden oder gar Widerstand geleistet haben, fast nicht bearbeitet.³ Und es ist kaum bekannt, dass auch Akten zu Verfahren gegen Lehrer vor dem Sondergericht und dem Landgericht im Landesarchiv Schleswig existieren. Hierzu zählt auch der Fall Julius Schreck, der im Zentrum dieses Aufsatzes steht. Schreck war Lehrer an der Sachsenwaldschule in Reinbek und wurde 1943 vom Sondergericht Kiel verurteilt, weil er sich im Unterricht kritisch zur nationalsozialistischen Politik geäußert hatte.

Bezüglich Reinbek im Nationalsozialismus fällt auf, dass hierzu fast keine Literatur vorliegt. Das Thema scheint quasi ein einziges Desiderat zu sein. Neben einem kurzen Beitrag über den Reinbeker Kommunisten Hans Bauer⁴ ist vor allem die Autobiografie von Georges-Arthur Goldschmidt zu nennen. Sie gibt erste Einblicke in die Zeit des Nationalsozialismus in Reinbek.⁵ Allerdings ist die rückblickende Sicht gerade bezüglich der Kindheitserinnerungen quellenkritisch nicht unproblematisch. Die Darstellung



Foto: Ilse Hamann

Mitmachen: begeisterte Zuhörer einer NS-Ansprache beim Reinbeker Schützenfest

von Dirk Bavendamm über Reinbek wirkt im Hinblick auf die NS-Zeit eher anekdotisch; vieles ist auf Grund fehlender Quellenangaben nicht nachprüfbar, manche Passagen sind zu unkritisch gegenüber den Erzählungen der Zeitzeugen.⁶ Erwähnt sei auch eine 1988 von Schülern erstellte Dokumentation über *Reinbek 1933–1945*, die jedoch nur in wenigen Exemplaren vorliegt und daher äußerst schwer erhältlich ist.⁷

In diesem Aufsatz soll nach einer biografischen Skizze Julius Schrecks untersucht werden, warum gegen den Pädagogen ermittelt wurde und wie er politisch einzuordnen ist.

Dieser Arbeit liegen nicht nur die Akten des Sondergerichts zugrunde, sondern zugleich wurden Schrecks Personalakten aus dem Stadtarchiv Reinbek, aus dem Kreisarchiv Stormarn sowie aus dem Archiv der Sachsenwaldschule, an der er tätig war, herangezogen. Aus dem Landesarchiv Schleswig wurden mehrere Personal- sowie auch Entnazifizierungsakten ausgewertet. Dabei geht es jedoch nicht nur um Schrecks eigene Akte, sondern zusätzlich um die von Personen, die in seinem Sondergerichtsverfahren eine Rolle spielten. Während die Entnazifizierungsakten eine schwierige Quellengattung sind, bieten gerade die Personalakten einen behördlichen, bürokratischen Blick auf die Person Julius Schreck. Im Bundesarchiv in Berlin konnte zudem u. a. eine Akte des Reichsjustizministeriums zu dem Fall aufgefunden werden, die ebenfalls ausgewertet wurde.

Das wenige aus dem Nachlass Julius Schrecks erhaltene Material wurde für diesen Beitrag ausgewertet. Zugleich wurde per Zeitzugenaufwurf in der lokalen Presse nach Erinnerungen an den Lehrer Julius Schreck gefragt, worauf sich mehrere Personen meldeten, die für diese Arbeit befragt wurden.

Biografische Skizze

Julius Johann Wilhelm Schreck wurde am 27. September 1891 in Dick-schied (Untertaunus) geboren. Er besuchte die Volksschule in Bärstedt, anschließend das Realgymnasium in Bad Ems und hiernach die Ober-realschule am Ziethenring in Wies-baden, wo er 1911 sein Abitur ab-legte. Später gab Julius Schreck an, dass der Entschluss, Lehrer zu wer-den, auf den Einfluss seines Eltern-hauses zurückzuführen war – sein Vater war Volksschullehrer.⁸

Er studierte in Freiburg im Breisgau, in München und in Mar-burg Germanistik, Geschichte, Erd-kunde und evangelische Religion. Am Beginn des Ersten Weltkriegs meldete er sich freiwillig und unter-brach aufgrund des Kriegseinsatzes sein Studium. Nach dem Krieg nahm er es wieder auf und legte 1922 sein Staatsexamen ab. Das Vor-bereitungs-jahr sowie die anschlie-ßende pädagogische Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen absolvierte er am Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Koblenz (heute Gör-res-Gymnasium). Über Umwege wie beispielsweise ein Lehrauftrag an der Koblenzer Hilda-Schule, eine

kurzen Tätigkeit in der Industrie und eine begonnene Doktorarbeit kam er schließlich 1928 als Studienrat an die Sachsenwaldschule in Reinbek. Aus der Ehe mit seiner Ehefrau Erika (geb. Luithlen) gingen vier Kinder hervor, eines verstarb jedoch früh.⁹



Quelle: Nachlass Schreck

Hochzeit von Julius und Erika Schreck, 8. August 1924



Quelle: Stattdarhfr Reinbek

Exkurs I: Die NSDAP in Reinbek

Zwar gab es schon in den frühen 1920er Jahren in Reinbek Nationalsozialisten, die Ortsgruppe der NSDAP wurde dort jedoch erst am 2. Dezember 1928 gegründet. Auch aus den Nachbarorten (die heute zum Teil zu Reinbek gehören) Wentorf, Schönningstedt,

Stimmabgabe bei der Reichstagswahl 1938 in Reinbek

Glinde, Ohe, Wohltorf und Aumühle kamen Mitglieder dazu, die „für den Führer und seine Idee arbeiten“ wollten. Anscheinend erst langsam feierten die Nationalsozialisten der Ortsgruppe Reinbek bezüglich neuer Mitglieder Erfolge. Sympathisanten gab es dennoch schon Ende der 1920er Jahre.

Bis zur Reichstagswahl im Mai 1928 hielten sich die Stimmergebnisse der NSDAP leicht über dem Reichsdurchschnitt. Reinbek war eine DVP- und DNVP-Hochburg, diese beiden bürgerlichen Parteien kämpften um die Vorherrschaft in der Wählerschaft. Mit der Gemeindevahl im November 1929 konnte die NSDAP mit 236 von 1303 abgegebenen Stimmen¹⁰ (= 18,1 %) das erste Mal als ernsthafte Konkurrenz zu den bürgerlichen Parteien auftreten. Sie steigerte sich bei den Reichstagswahlen vom September 1930 auf 522 Stimmen (= 31,3 %) und errang im März 1933 sogar 810 Stimmen (= 45,5 %).¹¹ Dagegen sank – aufgrund der bei Kommunalwahlen üblichen größeren Wahlenthaltung? – bei der Gemeindevahl vom 12. März 1933 der Stimmenanteil für die NSDAP auf 474 Stimmen von 1507 abgegebenen Stimmen (=31,6 %) ab. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten brachte anscheinend einen größeren Zulauf. Man müsse staunen, so schrieb der Ortgruppenleiter Max Klempau im Jahre 1938, „über die vielen Nazis, die plötzlich da waren.“

Aber auch andere Gliederungen der Partei wurden in Reinbek gegründet. So gab es ab 1931 die SA, ab 1932 die NS-Frauenschaft und den Bund Deutscher Mädel. Die Hitlerjugend wurde sogar früher gegründet, im Jahre 1929 von damals sieben Jungen.

Bis heute muss die Geschichte der NSDAP in Reinbek als unerforscht gelten.

1943 wurden Ermittlungen gegen Julius Schreck eingeleitet. Er hatte sich kritisch gegenüber der nationalsozialistischen Politik geäußert. Hinweise auf seine politische Position vor 1933 sind fast gar nicht überliefert. Seine Angaben in seiner ersten Vernehmung entsprechen einer vermutlich gewöhnlichen Lehrerbiografie: Mitglied in der NSV, im Nationalsozialistischen Lehrerbund, Reichsluftschutzbund und auch Förderndes Mitglied der SS. Hier gab er zudem an, dass er nie einer politischen Vereinigung oder einer Partei angehört habe. Vor 1933 habe er mit der Deutschen Nationalen Volkspartei sympathisiert. Nach 1929, so seine Aussage bei der Gestapo, habe er „stets nationalsozialistisch gewählt“.¹² Nun lassen sich die Aussage zur Parteienunterstützung und seinem Wahlverhalten nicht verifizieren; gerade die Angaben zu seinem Wahlverhalten können genauso gut auf die Verhörsituation zurückzuführen sein.

So gewöhnlich seine Biografie bis hierher wirkt, so ungewöhnlich ist das, was Reinbeker, Lehrer und Schüler während der Ermittlungen gegen Julius Schreck aussagten. Lehrer, die sich kritisch gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft äußerten oder sogar entsprechend handelten, gab es wenige. Julius Schreck war einer derjenigen, die ihrem Unmut Luft machten.

Verfolgung des Lehrers Julius Schreck

In Reinbek hatte sich bezüglich Julius Schreck offensichtlich einiges angestaut, bis der Fall am 11. März 1943 erstmals auf der politischen Ebene besprochen wurde. An diesem Tag traf sich die Reinbeker SA zu einer Unterführerbesprechung. In den Sondergerichtsakten ist gleich am Beginn vermerkt, dass mehrere Unterführer „ohne Aufforderung“¹³ Meldung über Julius Schreck erstatteten. Als erstes ist die Aussage von Truppführer Richter aus Wentorf notiert. Seine Kinder seien von Schreck unterrichtet worden, und der Pädagoge habe sich im Unterricht immer wieder zu „politischen Dingen“ geäußert – aber nicht im nationalsozialistischen Sinne.¹⁴

Studienrat und SA-Führer Karl Jäger erzählte von einem Gespräch mit seinem Kollegen Schreck: Jäger habe Schreck berichtet, seine Frau sei bereits nach sechs Tagen aus der Entbindungsanstalt entlassen worden, woraufhin Schreck gesagt habe, dies sei „nationalsozialistisch, der Staat wolle die Frauen kaputt machen.“ Zudem soll Schreck gesagt haben, früher habe es Märchen gegeben, heute Wehrmachtsberichte.¹⁵

Für die SA stand fest, dass gegen Schreck vorgegangen werden sollte. Sie gab ihre Erkenntnisse an die Gestapo in Lübeck weiter, die der Sache nun auf den Grund gehen wollte und Ermittlungen einleitete. Genau zwei Wochen nach der SA-Unterführerbesprechung standen am 25. März 1943



Quelle: Privatbesitz

Studienrat und SA-Führer Karl Jäger

die ersten Gestapo-Vernehmungen an, die im Reinbeker Rathaus durchgeführt wurden.

Studienrat Jäger wurde vorgeladen und konkretisierte sogleich seine Aussage von der SA-Besprechung. Dabei hob er vor allem hervor, dass Schreck Zweifel an der Glaubwürdigkeit der „angeblichen“ Erfolge der Wehrmacht hatte. Demnach war es im Februar 1943 – also kurz nach der Niederlage der deutschen Armee in Stalingrad – zu einem Gespräch im Lehrerzimmer der Sachsenwaldschule gekommen. Schreck kritisierte nach dem Bericht des Kollegen, dass die Wehrmachtsberichte vom Propagandaministerium herausgegeben würden. Sofort widersprachen ihm die anwesenden Kollegen. Schreck ließ sich aber nicht beirren und meinte, wer den militärischen

Berichtstil kenne, der könne sofort sehen, dass diese Berichte nie von einem Militär geschrieben sein könnten.

Der „Kollege“ Schrecks resümierte: „Ich habe ihn [...] seit Beginn des Krieges als einen ewigen Pessimisten kennen gelernt.“¹⁶ Zugleich versuchte Jäger die Ermittlungen der Gestapo zu unterstützen, indem er darauf hinwies, dass der Studienrat Franke eventuell noch weitere Angaben machen könne.¹⁷

Ob die Gestapo erst durch diesen Hinweis auf den Studienrat Carl Franke gekommen ist, lässt sich nicht rekonstruieren. Fest steht jedoch, dass dieser noch am selben Tag vernommen wurde. Franke und Schreck arbeiteten zu diesem Zeitpunkt seit 15 Jahren an der Sachsenwaldschule zusammen. Ein Grund für Zurückhaltung war dies jedoch nicht; Franke agierte schonungslos und sagte gleich zu Beginn: „Seine Stellung zum Nationalsozialismus ist von Anfang an ablehnend gewesen. Besonders im Krieg hat sich diese Einstellung noch bedeutend verschärft.“¹⁸

Franke konkretisierte: „Er erzählt nicht nur vor dem Lehrerkollegium die unglaublichsten Dinge, sondern auch im Unterricht und zerstört den Glauben der Schüler an die jetzige Führung, und an den Sieg.“ So habe Schreck im Unterricht den Schülern gesagt, dass man in Deutschland nur von den militärischen Erfolgen erfahre, die Fehlschläge und Probleme würden jedoch verheimlicht werden.¹⁹



Exkurs II: Die Sachsenwaldschule

Nach dem Ersten Weltkrieg wuchs die Einwohnerzahl der Sachsenwaldgemeinden stetig an, so dass die Gründung einer höheren Schule bedeutend erschien. Im November 1924 wurde daher der „Verband Reformrealgymnasium Reinbek“ gegründet, dem neben Reinbek mehrere Gemeinden wie Aumühle, Lohbrügge oder Wohltorf beitraten. Als Schulstandort entschied man sich für Reinbek.²⁰

Der Zweckverband schrieb einen Wettbewerb für den Bau des Schulgebäudes aus, den der Architekt Heinrich Bomhoff gewann. Der Bau wurde dann nach den Plänen Bomhoffs realisiert, das Richtfest für das Gebäude fand am 19. September 1925 statt. Schon bald konnten die ersten Klassen des „Reform-Realgymnasium“, die die Monate zuvor bereits anderweitig unterrichtet worden waren, in das neue Gebäude umziehen. Am 24. Juni 1926 fand dann die offizielle Einweihung des Neubaus statt.

Die Zahl der Schüler stieg schnell an. Bereits Ostern 1929 waren es 347, in jenem Jahr wurde auch das erste Mal das Abitur an der Schule abgenommen. Nach dem Tod des Direktors Wilhelm Wiechern wurde Rudolf Stienen der neue Schulleiter. Die Zahl der Schüler veränderte sich vorerst nicht wesentlich. Nach einem Rückgang auf 286 im Jahre 1932 verzeichnete die Schule 1938/39 bereits 335 Schüler.



Quelle: Privatbesitz Bernhard Donati

Architekt Heinrich Bomhof legte bei der Planung der Sachsenwaldschule besonderen Wert auf eine künstlerisch-historisierende Innengestaltung

Über die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 schrieb der damalige Rektor Stienen: „Der Anbruch der neuen Zeit vollzog sich, im Gegensatz zu so vielen anderen höheren Schulen, ohne jeden Zwischenfall. Eine Tatsache, die dem Gemeinschaftsleben an der Schule und dem Geist, der in seinen Mauern herrschte, ein gutes Zeugnis ausstellt.“²¹

1937 wurde die Schule in „Sachsenwaldschule Reinbek“ umbenannt. Die Lehrer der Schule wohnten zu dieser Zeit zumeist in Dienstwohnungen in der Schulstraße. 1939 waren alle Schülerinnen und Schüler der Sachsenwaldschule in der Hitlerjugend.²² Nach den anglo-amerikanischen Luftangriffen auf Hamburg im Juli 1943 fanden viele der Ausgebombten Zuflucht in Reinbek und wurden im Gebäude der Sachsenwaldschule untergebracht.²³

Heute hat das Gymnasium Sachsenwaldschule über 1200 Schüler. Die Geschichte von Julius Schreck spielte an der Sachsenwaldschule bisher keine Rolle.

Studienrat Franke lieferte sogleich eine Erklärung für das Verhalten Schrecks, die dem Beschuldigten noch größere Probleme bereiten musste: „Zur Charakterisierung des Schreck möchte ich noch folgende Vorfälle erwähnen: Als einziges Amt hat er den Posten eines Luftschutzwartes, er geht aber zu keiner Schulung. Als ihm seine Nachlässigkeit vorgehalten wurde, antwortete er von oben herab: ‚Ich lasse mich nicht schulen.‘ [...] Sämtliche von ihm getanen Äusserungen bringt er in einer arroganten Art zum Ausdruck. Seine ganze Lebensweise, die von keiner Einschränkung etwas wissen will, erinnert an das typische Benehmen eines Plutokraten.“²⁴

Schreck war tatsächlich standhaft, ließ sich nicht von seiner Überzeugung abbringen, hielt dem sozialen Druck stand und positionierte sich entsprechend auch nach außen. Studienrat Franke war sich bei seiner Aussage der Außenseiterrolle Schrecks bewusst und wendete sie zugleich gegen den Kollegen, wenn er der Gestapo angab: „Ich betone aber ausdrücklich, dass meine Aussagen jederzeit vom gesamten Lehrerkollegium des Gymnasiums bestätigt werden können.“²⁵

Auch im Ort fiel Schreck auf. So sagte der ortansässigen Schuster Rathmann gegenüber der Gestapo aus, dass er Schreck zwar immer mit „Heil Hitler“ grüße, der Lehrer den deutschen Gruß aber verweigere. Für den Schuster Rathmann – der als SA-Truppführer aktiv war – stand daher fest: „Aus seiner Einstellung heraus muss ich annehmen, dass er mit der heutigen Regierungsform in keinem Fall einverstanden ist.“²⁶

Neben Lehrern wurden auch Schüler vorgeladen. Sie ermöglichten den Gestapo-Beamten Einblicke in den Unterricht Schrecks, über den sie bis dahin nur Berichte aus zweiter oder dritter Hand hatten. Der 15-jährige Schüler P. gab über seinen Klassenlehrer Schreck zu Protokoll: „Es ist richtig, dass der Studienrat Schreck bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über aktuelle Kriegsgeschehen und andere politische Vorkommnisse meckert bzw. sie kritisiert. So hat er z. B. während einer Erdkundestunde im September des Jahres 1942 [...], als wir über die Erzverschiffung aus Schweden sprachen, öffentlich in der Klasse erklärt: Die Schweden lieferten nicht nur Erze nach Deutschland, sondern auch Russland bekäme noch genügend Erzlieferungen von Schweden.“²⁷

Hier wird ein wiederkehrendes Element in den Aussagen erkennbar, das zugleich einen zentralen Kritikpunkt Schrecks an der nationalsozialistischen Politik zeigte: die NS-Kriegspropaganda, die laut Schreck Tatsachen verdrehe und falsch darstelle. Zugleich ist damit verbunden, dass er die militärische Situation Deutschlands kritisch beurteilte und so dem anscheinend grenzenlosen Endsieg-Glauben seiner Kollegen entgegenstand.

Der Schüler seiner Klasse gab noch weitere Hinweis darauf, wo Julius Schrecks Kritik ansetzte. Der 15-Jährige sagte aus: „Die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel nannte er jetzt kürzlich, ungefähr im Februar 1943, als normalen Hungerzustand. Des weiteren erzählte er uns, wenn er beim Milchholen im Laden Parteibonzen träfe, die entrahmte Frischmilch verlangen, er aus Protest stets Magermilch forderte.“²⁸ Damit spielte er darauf an, dass die Formulierung „entrahmte Frischmilch“ beschönigend sei.²⁹ Gerade die unzureichende Lebensmittelversorgung war ein Punkt, den Schreck anscheinend des Öfteren kritisierte. Zugleich deutet sich hier an, dass Schreck Kritik an den Parteifunktionären übte.

Dass die Kritik Schrecks in vielen Schulstunden vorkam, zeigen nicht nur die Aussagen von mehreren Schülern der Sachsenwaldschule, sondern auch die abschließende Aussage des genannten Schülers P.: „Es ist aber richtig, dass er in versteckter Form fast während jeder Unterrichtsstunde irgendwelche Anordnungen der Reichsregierung in zynischer Weise bemängelt und kritisiert.“³⁰

Dabei scheint Schreck vor allem ironisch die nationalsozialistische Politik kritisiert zu haben. Unmissverständliche Randbemerkungen und Witze waren seine Form der politischen Äußerung. Beispielsweise erzählte er den Schülern einen Witz über die Bezeichnung nationalsozialistischer Städte: München als Stadt der Bewegung, Nürnberg als Stadt der Parteitage und Augsburg als „Stadt des Aufstiegs“. Als ein Schüler daraufhin loslachte, lachten alle. Ein anderer fragte, ob Rudolf Hess und sein Flug nach England damit gemeint seien, woraufhin Schreck nichts sagte.³¹ Ähnlich verpackte er bei den Schülern seine Kritik an der Kriegsberichterstattung. So sagte er, dass früher die Märchen mit dem Satz „Es war einmal“ begonnen hätten, „heute dagegen beginnen sie mit dem Satz: Das Oberkommando der Wehrmacht berichtet“.³²

Schreck selbst korrigierte die gesammelten Aussagen in seiner ersten Vernehmung nur im Detail, im Kern stimmte er ihnen zu, nach einem Vermerk der Gestapo „nach längeren und hartnäckigen Leugnungs- bzw. Verdrehungsversuchen“.³³ Bemerkenswert ist hierbei, dass er angab, für einige seiner kritischen Aussagen Quellen zu haben, er es also von anderen gehört hätte. Er weigerte sich jedoch erfolgreich, preiszugeben, wer ihm die Informationen geliefert habe,³⁴ und schützte damit andere vor etwaigen Problemen mit der Staatsmacht.

„Als Erzieher ist Schreck unmöglich“: Entfernung aus dem Dienst

Die Aussagen der Schüler, Kollegen, Eltern und anderer Reinbeker hatten weitreichende Konsequenzen für Julius Schreck. Die Gestapo kam zu

Handwritten: 101
f. 22
1742/11

Kiel, den 23. NOV 1943
Kienast,

Im Namen des Deutschen Volkes!

Strafsache gegen den Studienrat Julius Johann Wilhelm Schreck in Reinbek, Eismarkstraße 17, z. Zt. in U-Haft in der U-Haftanstalt in Lübeck-Lauerhof, geb. am 27. September 1891 in Dickschied Krs. Untertaunus, verh., wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz.

Das Schleswig-Holsteinische Sondergericht in Kiel hat in der in Lübeck abgehaltenen Sitzung vom 2. November 1943, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Lausten
als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Meynen,
Amtsgerichtsrat Gruhl
als Beisitzer,
Amtsgerichtsrat Mückhoff
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
ohne Protokollführer

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen gehässiger heimtückischer Äußerungen an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten zu einer Geldstrafe von 5000.- RM kostenpflichtig verurteilt.

Die Strafe gilt als durch die Untersuchungshaft abgegolten.

Exkurs III: Sondergerichte

Die Sondergerichte wurden ursprünglich von der Regierung des Reichskanzlers Franz von Papen im Juli 1932 nach dem „Preußen-Schlag“ eingerichtet, um politische Unruhen zu bekämpfen. Die Rechte der Beschuldigten waren bei den Sondergerichtsverfahren stark eingeschränkt, um die Prozesse schneller abschließen zu können.³⁵

Im Dezember 1932 wurden die Sondergerichte wieder aufgelöst, wurden aber im Nationalsozialismus mit der Verordnung der Reichsregierung vom 21. März 1933 wieder installiert. Sie dienten nun dazu, Widerstand und oppositionelles Verhalten zu bekämpfen, verhandelten ab 1938 jedoch auch nichtpolitische Delikte. Die Sondergerichte waren in den Oberlandesgerichtsbezirken angesiedelt und mit drei Berufsrichtern besetzt, wobei ab August 1942 Urteile auch von Einzelrichtern gefällt werden konnten. Im Sinne eines gewollten „kurzen Prozesses“ waren „Verfahrensgang, Rechtsweg, Ladungsfristen und Handlungsspielräume der Beteiligten stark verkürzt beziehungsweise eingengt, Rechtsmittel gab es nicht.“³⁶

Das Sondergericht für Schleswig-Holstein war von 1932 bis 1937 beim Landgericht in Altona, danach in Kiel ansässig. Die Zuständigkeit umfasste die gesamte preußische Provinz Schleswig-Holstein. Das Gericht tagte zumeist in Kiel und in Altona, zum Teil aber auch in der „Provinz“, um am Ort oder in der Nähe des Tatgeschehens Präsenz zu zeigen. Insgesamt sind 3.575 Hauptverfahren überliefert, von denen 2.662 im Zweiten Weltkrieg stattfanden. Ab 1941/1942 stieg die Zahl der Hauptverfahren deutlich an, was auf eine Verschärfung der Rechtslage und Urteilspraxis zurückzuführen ist.³⁷

Vor dem Zweiten Weltkrieg war das Sondergericht hauptsächlich für politischen Straftaten, insbesondere nach dem „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei“ zuständig, dagegen fanden die Hoch- und Landesverratsprozesse vor dem Reichsgericht bzw. den Oberlandesgerichten statt.³⁸ Verstöße gegen die „Volksschädlingsverordnung“ (27 Prozent), die „Kriegswirtschaftsverordnung“ (26 Prozent) sowie „Heimtücke“-Fälle (24 Prozent) machten seit 1939 den Großteil der Prozesse aus. Von 144 Todesurteilen wurden dabei alleine 83 gegen so genannte Volksschädlinge gefällt.

Für den Kreis Stormarn sind 23 Verfahren wegen „Heimtücke“, 15 wegen des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen, 22 wegen Verstößen gegen die „Kriegswirtschaftsverordnung“ sowie sieben wegen des Abhörens feindlicher Sender überliefert.³⁹

einem eindeutigen Ergebnis: „Schreck ist überführt und geständig, in einer gehässigen und niederträchtigen Form ungefähr seit Kriegsbeginn gegen Partei und Staat eine schamlose Hetze getrieben zu haben. Durch seine ständigen, aber oft in versteckter Form gebrachten, Verächtlichmachungen der Reichsregierung hat er die Seelen der ihm anvertrauten deutschen Jugend vergiftet und ihnen den Glauben an den Sieg und das Vaterland genommen. Als Erzieher ist Schreck unmöglich. Er ist der typische alte Reaktionär, der die Volksgemeinschaft nicht nur nicht erfaßt hat bzw. erfassen will, sondern absichtlich die Androhungen von Partei und Staat in dieser Hinsicht sabotiert.“⁴⁰

In ihrem Abschlussbericht an den Oberstaatsanwalt bezeichnet die Gestapo Julius Schreck als „intellektuellen Menschen mit hohem Bildungsgrad“. Sein „Hinweis auf die wissenschaftliche Beurteilung einiger seiner Äußerungen dürfte fehl am Platze sein. Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung und keine Wissenschaft“, so die Gestapo.⁴¹

Zugleich verweist die Gestapo auf Stimmungen in den Reinbeker Bevölkerung zu dem Fall: „Es wird darauf hingewiesen, daß der größte Teil der Reinbeker Bevölkerung erwartet, daß Schr. für seine unverantwortliche Handlungsweise zur Verantwortung gezogen und entsprechend bestraft wird.“⁴²

Am 2. und 5. November 1943 fand die Verhandlung vor dem Sondergericht Kiel statt, das in Lübeck tagte.⁴³ Hier wurde er „wegen gehässiger heimtückischer Äußerungen“ eigentlich zu zwei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt, umgewandelt in eine Geldstrafe von 5.000 RM, die zugleich durch die Untersuchungshaft als abgegolten galt.⁴⁴

Wie wenig der Rechtsstaat noch Realität war, zeigt sich nicht nur an den Ermittlungen an sich, sondern auch daran, wie mit Julius Schreck nach dem Urteil umgegangen wurde. Denn in Haft hätte man ihn eigentlich aufgrund seiner Zeit in der Untersuchungshaft nicht mehr behalten dürfen. Schreck wurde jedoch wenige Tage nach seiner Entlassung abermals inhaftiert, dieses Mal im Lager Lübeck-Lohmühle.⁴⁵ Gründe für die erneute Haft nannte man ihm nicht. Als die Ehefrau Schrecks bei der Gestapo in Lübeck vorgestellt wurde, erklärte man ihr, dass man das Urteil des Sondergerichts für „zu gelinde“ halte.⁴⁶

Daraufhin schrieb Schrecks Schwiegervater an den Reichsminister für Justiz⁴⁷ sowie an die Staatsanwaltschaft Kiel. Er forderte die Bindung rechtskräftiger Urteile ein und schrieb daher an die Staatsanwaltschaft: „Diese Einstellung der Gestapo dürfte zu der Frage berechtigen, wozu denn die Sondergerichte überhaupt geschaffen worden sind, wenn ihre Urteile, die doch nach eingehendster Prüfung der Straftat und aufgrund reiflicher erwogener Rechtsauslegung gefällt werden, keine bindende Rechtskraft besitzen?“⁴⁸ Wirkung zeigte dies nicht.

Erst am 20. April 1944 wurde Schreck entlassen. Sein schon ab Juli 1943 auf die Hälfte gekürztes Gehalt wurde ihm bereits ab dem 1. Dezember 1943 nicht mehr weitergezahlt, etwaige Pensionsansprüche verlor er 1944 durch eine Entscheidung der Dienststrafkammer in Schleswig-Holstein.⁴⁹

Versuch einer politischen Einordnung

Wenn wir uns die Ausgangsfrage, wo Schreck politisch zu lokalisieren ist, noch einmal vergegenwärtigen, dann fällt es schwer, eine eindeutige Antwort zu finden. Bisher festhalten lässt sich, dass Schreck Kritik an Teilen der nationalsozialistischen Politik äußerte:

1. Schreck störte die nationalsozialistische Propaganda hinsichtlich der Kriegsberichterstattung. Er traute ihr nicht, sah vielmehr die drohende Niederlage Deutschlands.

2. Ihn verärgerte die Versorgungspolitik der NS-Regierung und hierbei insbesondere die Lebensmittelversorgung.

Es ist festzuhalten, dass diese Kritik den Nationalsozialismus ideologisch nicht angriff, vielmehr handelt es sich um Kritik an einigen Erscheinungen der nationalsozialistischen (Tages-)Politik. Zugleich finden sich durchaus auch Hinweise in den Ermittlungsakten, die auf eine Nähe Schrecks zum Nationalsozialismus hindeuten. Auf der einen Seite ist seine Mitgliedschaft in einigen NS-Gliederungen zu nennen, die aber nicht zu schwer gewichtet werden sollten, schließlich verweigerte er sich – als Beamter – dem Parteieintritt und auch einer zu großen Vereinnahmung beispielsweise durch etwaige Schulungen der Parteigliederungen.

Einen weiteren Einblick in seinen Unterricht und damit auch in sein politisches Denken ermöglicht ein Schreiben seines Rechtsanwaltes, der die Aufsatzthemen Schrecks zusammentrug, um seine Staatstreue nachzuweisen. Anderthalb Dutzend Aufgabenstellungen hat der Jurist zusammengestellt, darunter: „Weshalb ist gerade die Deutsche Jugend dem Führer zu Dank verpflichtet?“ (1938/39) oder: „1938 Großdeutschland!“ (Wie hat der Führer die politische, völkische und wirtschaftliche Lage unseres Reiches in Europa neu geformt?)“ (1938/39).⁵⁰

Quellenkritische Bedenken, die Angaben zu den Schüleraufsätzen könnten nur aus Verteidigungsgründen im Kontext des Strafverfahrens konstruiert worden sein, sind nicht schlüssig. Schließlich wäre es den Ermittlern ohne Probleme möglich gewesen, den Wahrheitsgehalt anhand von Schüler- und Lehrerbefragung oder durch entsprechende Schulakten zu prüfen. Zugleich werden keine Aufsatzthemen ab 1942 genannt. Auch ist unklar, welche Aufsatzthemen, die Schreck gestellt hatte, von seinem Anwalt nicht genannt wurden.



Momentaufnahme aus der Aula der Sachsenwaldschule während des Nationalsozialismus. 1999 heißt es hierzu: „Die Aula wurde während der NS-Zeit auch von den staatlichen Organen im Beschlag genommen.“⁵¹ Auch so lassen sich zeitgenössische Dokumente interpretieren ...

Dass hier tatsächlich eine einseitige Auswahl der Aufsatzthemen getroffen wurde, wird anhand eines außergewöhnlichen Quellenfonds deutlich. Im Rahmen der Proteste der 68er-Bewegung gab es auch an der Sachsenwaldschule zumindest Anfänge des kritischen Hinterfragens der NS-Vergangenheit. Einige Schüler der Sachsenwaldschule wollten dabei herausfinden, was ihre Lehrer während der Zeit des Nationalsozialismus gemacht hatten.⁵² Der Schüler Holger Knack stieß dabei im Schularchiv auf eine Aufgabe aus einer Klassenarbeit, die offensichtlich Julius Schreck am 24. April 1941 gestellt hatte. Etwas verklausuliert heißt es dort: „Ich habe mir eigends ein Fahrrad gekauft, um gelegentlich eilends nach Aumühle zu fahren, da ich sonst nirgends vollends satt werde, namentlich fehlt es an fett [sic], und trotzdem ich frau [sic] Rathmann flehentlich bat, mir gelegentlich etwas Butter zu geben, überhörte sie meine Bitte geflissentlich, trotzdem nirgends etwas zu sehen war, und sie eigentlich es hätte tun können.“⁵³ Hier zeigt sich wieder die Kritik Schrecks an der Versorgungspolitik im NS-Staat.



Quelle: Nachlass Schreck

Julius Schreck (3.v.l.) 1938 bei einer militärischen Übung auf dem Schießplatz Börnsen

Zu den hitlertreuen Aufsatzthemen passt auch eine Notiz, die Julius Schreck im April 1938 hinsichtlich des „Anschlusses“ Österreichs in ein Büchlein für seine Tochter notierte. Dort betonte er, dass 1938 „ein ganz grosses Jahr der Deutschen Geschichte“ sei. Und dann: „Du musst noch in deinen späteren Tagen daran denken, dass Du es als Kind miterlebt hast; dass Du im Bild gesehen hast, wie der Führer Adolf Hitler in der neuen Deutschen Ostmark mit den Regimentern der neuen Deutschen Wehrmacht eingezogen ist. Denke immer daran und sei bemüht, dass Du in dem neuen Deutschland an der Stelle, wohin Dein Schicksal dich stellt, als Glied eines starken Volkes in einem schönen Reich bestehen kannst.“⁵⁴

Offensichtlich verehrte Schreck Hitler, zumindest im Jahre 1938. Und deutlich wird hier auch, dass Schreck Deutschlands Größe wichtig war. Insofern ist es wohl kein Zufall, dass er noch im Jahre 1954 bei der Frage nach der Staatsangehörigkeit „DR.“ angab,⁵⁵ also „Deutsches Reich“, obwohl die Bundesrepublik Deutschland da schon fünf Jahre existierte. Indirekt verbunden mit dem Nationalen war für Schreck das Militärische. Er zeigt dabei in der Reinbeker Öffentlichkeit so deutlich, dass er bei der

Wehrmacht den Dienstgrad des Hauptmanns innegehabt hatte, dass dies anscheinend bei Teilen der Bevölkerung negativ zur Kenntnis genommen wurde.⁵⁶

Hinsichtlich der politischen Einordnung ist auch eine Erklärung von Julius Schreck bedeutend, die er im Rahmen seiner Entnazifizierung als Anlage dem Fragebogen der Engländer beifügte.⁵⁷ Während der Wert solcher in der Nachkriegszeit entstandenen Quellen für die Fragestellung, wo die Betroffenen vor 1945 politisch standen, eigentlich fast immer als äußerst gering zu werten ist, verhält es sich bei diesem Dokument meines Erachtens anders. Dies liegt nicht nur daran, dass Julius Schreck zu den Verfolgten des NS-Regimes zählte, sondern ist vor allem darauf zurückzuführen, dass seine Aussagen einerseits inhaltlich weitgehend zu den Quellen vor 1945 passen und andererseits Schreck durchaus auch Aspekte benennt, die er hier hätte geflissentlich verschweigen können.

Auch in diesem Dokument findet sich keine Kritik an der NS-Ideologie im engeren Sinne. In der Folge bleiben seine Ausführungen politisch vage, bisweilen oberflächlich. In dem Text spielen eher Begriffe wie „Gewissen“ und „Verantwortung“ eine Rolle, ohne aber politisch definiert zu werden.

Schreck verweist wahrheitsgemäß darauf, dass er sich geweigert hatte, in die NSDAP einzutreten. Dies begründet er nach Kriegsende mit zwei Argumenten:

1. Dass die „Masse“ und „ein sehr grosser Teil der höheren Beamten und der Erzieher an den höheren Lehranstalten aus verwerflichen Gründen – wenn ich von den Ideal-Nationalsozialisten absehe – in die Partei“ eingetreten sei.⁵⁸ So kritisierte er auch, dass viele Männer aus der NS-Führungsriege „weder sachlich noch charakterlich“ in der Lage gewesen seien, „das Schicksal des deutschen Volkes verständig und würdig“ zu lenken.⁵⁹ Entsprechend sah er auch „in den untergeordneten Ämtern der NSDAP Minderwertigkeit und Charakterlosigkeit“.⁶⁰

Zieht man zu dieser Argumentation seine Aussagen von vor 1945 hinzu, dann wird deutlich, dass er diejenigen kritisierte, die in die Partei eingetreten waren, um den eigenen Vorteil zu sichern, und eben nicht aus uneigennützigem *Idealismus*. In sich schlüssig störte er sich insofern nicht an den überzeugten Nationalsozialisten, an den *Überzeugungstätern*, in seinen Worten den „Ideal-Nationalsozialisten“. Kritik an der NS-Ideologie lässt sich hieraus sicher nicht ableiten.

2. Als weiteren Grund für seinen ausgebliebenen Eintritt in die NSDAP nannte Schreck, „dass die Gedanken, die man als die ‚tragenden‘ im Gedankengebäude der NSDAP zu bezeichnen pflegte, in keiner Weise neu waren.“⁶¹ Weiter führte er dazu aus: „Bei einer ungestörten und aufrechten Entwicklungsmöglichkeit in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg

hätten sie [die tragenden Ideen der NSDAP] sich bei ruhiger und ehrlicher Zusammenarbeit mit den Staaten und Völkern, die an den gleichen Fragen Anteil nahmen, zur Reife entwickeln können.“⁶²

Schreck bleibt hier vage und kritisiert die NS-Ideologie nicht im Kern. Dabei muss offen bleiben, ob er die NS-Ideologie – wie beispielsweise die Frage nach dem Lebensraum im Osten – überblickt hat. Möglicherweise dachte er an Bündnisse mit den westlichen Mächten, die nach seiner Vorstellung ggf. „an den gleichen Fragen Anteil nahmen“. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten wird an dieser Stelle wie auch in der gesamten Erklärung jedenfalls nicht kritisiert, offensichtlich störte er Schreck nicht.

Hierzu passt auch eine Aussage Schrecks in dem Entnazifizierungsverfahren von Dr. Werner Friccius, in der Schreck über die SS in der Zeit vor der Machtergreifung berichtet: „Ich muss aber zugeben, dass ich bei der sorgfältigen Beobachtung der Dinge später [...] die damals bekannt gewordenen Gedanken und Ziele, die die S.S. im allgemeinen verfolgte, nicht so unbedingt ablehnte, wenn ich auch mich niemals dazu hätte entschliessen können, diese durch meinen Eintritt in diese Organisation zu fördern. Die bekannt gewordenen Arbeitsgebiete der S.S bewegten sich um Fragen u. a., die jeden Historiker interessieren müssen. Ich erinnere nur an die Pflege der Vorgeschichte, an die Pflege und Unterhaltung deutscher Kunstwerke u. a. Dass sich diese Organisation einmal zu eine Horde von Teufeln in Menschengestalt entwickeln könnte und sollte, das konnte wirklich niemand ahnen.“⁶³

Dass Schreck die SS positiv sah, ohne deren Antisemitismus zu bejahen, scheint schwer denkbar zu sein. Zugleich könnte die Formulierung „Horde von Teufeln in Menschengestalt“ als Kritik an der Shoah gelesen werden – explizit benannt ist sie jedoch nicht. Auch muss der Entstehungskontext – 1947 im Rahmen der Entnazifizierung – mitgedacht werden, was den Quellenwert dieser Aussage selbstverständlich schmälert.

Wichtig blieb ihm aber auch nach seiner Verhaftung das Nationale. So formulierte er in einem privat überlieferten Brief an einen ehemaligen Schüler im Dezember 1944 seinen „schönste[n] und beste[n] Wunsch, [...] dass unserem gequälten und geschändeten Volk endlich der Frieden“ kommen werde. Zugleich drückte er die Hoffnung aus: „Möchte die Nation unzerbrochen aus diesem Ringen hervorgehen.“⁶⁴

Noch deutlicher wird er in einem Brief vom November 1944: „Du hast recht: das Einzige, was dem deutschen Volk und dem deutschen Menschen bleibt, das ist der Kampf bis zum Äussersten. Und uns bleibt nichts, als da, wo wir stehen, unsere Pflicht zu tun.“⁶⁵ Deutlich wird an dieser Äußerung abermals, dass er den Nationalsozialismus nicht ideologisch und nicht im

Protokoll

der 11. Sitzung des Kreis-Sonderhilfeaus-
schusses Stormarn am 14. Dezember 1948.

Zur Sitzung waren erschienen:

- | | |
|---------------------|----------------------|
| 1. Herr Tradowsky, | stellv. Vorsitzender |
| 2. Herr Lerbs, | Beisitzer |
| 3. Herr Pietsch, | Beisitzer |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer. |

Vorlage: Überprüfung der am 17.4.45 ausgesprochenen Anerkennung des
ehem. polit. Verfolgten Julius Schreck in Reinbek.

Beschluss:

Der Kreis-Sonderhilfeausschuss beschließt einstimmig, die am 17.4.45 a
gesprochene Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Julius Schreck zu
bestätigen. Schreck befand sich wegen ^{seiner} feindlichen Einstellung zum Nati
onalsozialismus vom 26.3.43 bis 20.4.44 in Haft. Eine weitere Verfolgung
trat dadurch ein, dass Sch. aufgrund seiner antifaschistischen Einstel-
lung aus dem öffentlichen Dienst als Studienrat entlassen wurde. -

Quelle: Nachlass Schreck

Beschneigung des Kreis-Sonderhilfeausschusses Stormarn für Schreck als politisch Verfolgter

Kern attackierte, andernfalls hätte er sich nicht so über das nahe Kriegs-
ende geäußert.

Seine Erklärung von 1945 und auch die Quellen aus der NS-Zeit zeigen,
dass Julius Schreck die Propaganda, hier vor allem die Kriegs-Propaganda,
deren verfälschte Darstellung der Realität, zutiefst ablehnte. Zugleich ist
damit verbunden, dass er die militärische Situation Deutschlands kritisch
beurteilte und damit dem anscheinend grenzenlosen Endsieg-Glauben sei-
ner Kollegen entgegenstand. So soll Schreck nach Aussage eines ehema-
ligen Schülers im Unterricht auch Propagandaminister Goebbels selbst
angegriffen haben. Nach der Landung der anglo-amerikanischen Truppen
in Afrika sagte Schreck demnach: „Nun kann Goebbels sein Maul noch
soweit aufreißen, gelandet sind sie doch.“ Auch habe er die Artikel von
Goebbels in der Wochenzeitschrift *Das Reich* kritisiert: „Es ist geradezu
lächerlich, dies dauernde Gekeife von Goebbels, es gibt zum Glück noch
genug vernünftige Menschen, die andere Zeitungen lesen als diese miesen
Blätter wie das Reich.“⁶⁶

Schreck war der Widerspruch, die Kritik wichtig. So schrieb er 1945
nach Kriegende: „Ich musste es auch immer ablehnen, die deutsche
Geschichte und die der europäischen Völker so zu sehen und so zu unter-
richten, wie sie von nationalsozialistischer Seite her gesehen und unter-
richtet werden sollten. Auch in dem von mir vertretenen Fach der Erdkunde
musste ich es zurückweisen, bei der Behandlung kultur- und wortschafts-



Quelle: Nachlass Schreck

Julius Schreck im Jahr 1955

geographischer [sic] Fragen und politischer Probleme die vorgeschriebene Meinung zu vertreten.“⁶⁷ Auch lehnte er hiernach ab, was vom NS-Staat als „Bildungsgut“ und als „Literatur“ bezeichnet wurde, beide Wörter setzte er in Anführungsstriche, denn diese „Kunst“ müsse „die Jugend in höchstem Masse vergiften“.⁶⁸

Dass sich Schreck nicht an diese Vorgaben des NS-Staates hielt, begründete er mit seinem Gewissen: „Ich fühlte mich vor meinem Gewissen verpflichtet, bei der deutschen Jugend die Grundlage zu einer richtigen und anständigen Beurteilung [...] in dem mir gesteckten Rahmen zu legen.“⁶⁹

Von Julius Schreck bleibt das Bild eines ambivalenten Menschen, eines Individualisten, der zu eigensinnig war, um sich poli-

tisch eindeutig zuordnen zu lassen. Dies wird auch in einem Brief deutlich, den er an einen ehemaligen Schüler am 9. Dezember 1944 schrieb. In der einzigen nicht-staatlichen Quelle aus der Kriegszeit, in der auf seine Verhaftung Bezug nimmt, wird seine ambivalente Haltung zum NS-Staat quasi zusammenfassend deutlich:

„Aus dem Absender erkennen Sie, dass mich die Dienststrafkammer in Schleswig und das Reichsverwaltungsgericht in Berlin ‚aus dem Amt entfernt‘ haben. Es genügt mir, zu wissen, dass das Urteil nicht gerecht ist. Ich glaube sicher, dass die Jungens und Mädchen, die ich seit 1933 mit habe erziehen helfen, im rechten Geist zu unserer Zeit stehen, dass sie sich über die grossen Fragen unserer Zeit ein Urteil bilden können im bejahenden Sinn, soweit er bejaht werden muss. Sie wissen, dass ich nichts mehr hasste, als unselbständig an die Fragen des grossen Geschehens unserer Tage heranzugehen.“⁷⁰

Schlussbetrachtung

Der Lehrer Julius Schreck war ein Mensch, der sich seine Eigenständigkeit im Denken bewahrt hatte. Er war ein Individualist, was zugleich sein Denken und Handeln zumindest in Teilen erklärt. Schreck hatte eine gewisse Distanz zur nationalsozialistischen Politik entwickelt, vermutlich schon



Das Kollegium der Sachsenwaldschule 1949. Schulleiter Rudolf Stienen vordere Reihe, 6. v. l., Julius Schreck vordere Reihe, 3. v. r.>

von Beginn der NS-Herrschaft an, spätestens und vor allem verstärkt ab Beginn der 1940er Jahre. Er äußerte jedoch keine klare ideologische Kritik am Nationalsozialismus, vielmehr stieß er sich an der im Staat präsenten Unaufrichtigkeit, die sich zum einen auf die verfälschte Berichterstattung der nationalsozialistischen Kriegspropaganda bezog, zum anderen auf diejenigen Nationalsozialisten, die nach Meinung von Schreck nicht aus wirklicher Überzeugung Nationalsozialisten wurden, sondern um des eigenen (materiellen) Vorteils wegen. Auch störte ihn die Lebensmittelversorgung im NS-Staat.

Er war jemand, der seine Kritik auch laut äußerte, aber nicht in Form von Flugblättern o. Ä., sondern in seinem beruflichen Umfeld, im Lehrer- und Klassenzimmer. Hierdurch geriet er in das Fadenkreuz des NS-Staates. Es zeigt sich, wie mächtig der Staat war, wie er versuchte, in den Klassenraum und auch in private Unterhaltungen einzudringen. Minderjährige wurden so zu Denunzianten gemacht. Auch manche seiner Lehrerkollegen sagten gegen Julius Schreck aus.

Dass Schreck Kritik an Teilen des NS-Staates übte, macht ihn besonders. Dass seine politische Position dabei nicht frei von Ambivalenzen war, macht ihn als Person noch interessanter, auch für den Geschichtsunterricht von heute. Dabei kann es nicht darum gehen, eine Erzählung zu entwickeln, die Julius Schreck im Sinne des heutigen Staates als demokratischen Vorkämpfer darstellt. Das war er nicht. Das waren aber auch andere nicht

wie beispielsweise die Vertreter des militärischen Widerstands um den 20. Juli, auch wenn sie heute von den politischen Repräsentanten zumeist recht einseitig so dargestellt werden, beispielsweise vom damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Jahre 2013.⁷¹ Konzeptionell lehnten die meisten Beteiligten des 20. Juli vielmehr die moderne, pluralistisch-parlamentarische Demokratie ab.⁷² Wollte man Julius Schreck in die politische Landschaft des deutschen Widerstands einordnen – auch wenn er kein Widerstandskämpfer war –, dann stand er politisch diesen alten Eliten um den 20. Juli wohl am nächsten. Die politischen Vorstellungen der meisten Widerständler hätte er sicher abgelehnt, sie kamen nämlich aus dem Kontext der Arbeiterschaft, waren oft Kommunisten.⁷³

Nach 1945 kehrte Julius Schreck an die Sachsenwaldschule zurück. In den rückblickenden Berichten der Schüler zeigt sich ein gebrochener Mann, der anscheinend nicht selten Opfer von Schülerstreichen wurde.⁷⁴ Julius Schreck verstarb am 7. Februar 1963 im Alter von 71 Jahren in Reinbek. Seine Geschichte, sein Leidensweg gerieten in Vergessenheit. Leider.

Anmerkungen

Eine umfangreichere Fassung dieses Beitrags (Sönke Zankel, „... zerstört den Glauben der Schüler an die jetzige Führung“ Dissens und Eigensinn: Wie der Reinbeker Lehrer Julius Schreck vom NS-Staat verfolgt wurde) ist als Beiheft 7 dieser Zeitschrift erschienen. Ein PDF findet sich auf www.akens.org.

1. Zu Hamburg liegen einige Untersuchungen vor: Ursel Hochmuth / Hans-Peter de Lorent (Hg.), Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz. Beiträge der „Hamburger Lehrerzeitung“ (Org. der GEW) und der Landesgeschichtskommission der VVN/Bund des Antifaschisten, Hamburg 1985; Rita Bake (Bearb.), Wie wird es weitergehen... Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren 1933 und 1934, gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flügge, Hamburg 2001; Uwe Schmidt, Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006; Uwe Schmidt, Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg. Vier Führungspersonen, Hamburg 2008; Uwe Schmidt, Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010; Sielke Salomon, „...die zeitlebens einen eigenen Weg gegangen ist“. Dr. Ruth Strehl (1907–1967). In: Ulrike Hoppe (Hg.), „...und nicht zuletzt Ihre stille Courage“. Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945. Hamburg 2010, S. 164-191.

Als Überblick zum Thema Schule und Nationalsozialismus sei verwiesen auf Gert Geißler, Schulgeschichte in Deutschland: Von den Anfängen bis in die Gegenwart. Frankfurt am Main 2011, S. 505-613. Weiterführend ist sicher der Dokumentenband von Hermann Schnorbach, Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945. Königstein/Ts. 1983.

2. Robert Patett, Der nationalsozialistische Lehrerbund – „Gau Schleswig-Holstein“. Eine Skizze zu seiner Herrschaftsübernahme, Organisation und Tätigkeit. In: Demokratische Geschichte Band 10 (1996) S. 207-243.

3. Gerhard Hochs Arbeit über den Lehrer Gustav Meyer ist insofern wichtig. Gerhard Hoch, Gustav Meyer, ein Kaltenkirchener Lehrerschicksal, Alveslohe 1992. Verwiesen sei zudem auf den Erinnerungsbericht von Helene Hedde, Als „vierteljüdische“ Studienrätin an einem großstädtischen Gymnasium. In: Lutz van Dick (Hg.), Lehreropposition im NS-Staat. Biographische Berichte über den ‚aufrechten Gang‘. Frankfurt am Main 1990, 41-49.

4. Stefanie Antoniadis-Wiegel / Wolfgang Walter, Hans Bauer. Ein Reinbeker Kommunist im Widerstand. In: Geschichtswerkstatt Reinbek (Hg.), Spuren. Berichte aus der Geschichtswerkstatt Reinbek. Band 1. Reinbek 1990, S. 11-16.
5. Georges-Arthur Goldschmidt, Über die Flüsse. Autobiographie. Frankfurt am Main 2003.
6. Dirk Bavendamm, Reinbek. Reinbek 1988, S. 129-135.
7. Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek 1933–1945. Ein unvollständiges Puzzle. Reinbek 1988.
8. Lebenslauf Julius Schreck, o. D., ca. 1924. In: Stadtarchiv Reinbek, Archiv-Nr. II/1403.
9. Angaben zu seiner Person von Julius Schreck, Vernehmungsprotokoll Julius Schreck, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 5 sowie Lebenslauf Julius Schreck, o. D., ca. 1924. In: Stadtarchiv Reinbek.
10. Max Klempau, Zehn Jahre Ortsgruppe Reinbek der NSDAP. 1928 bis 1938. In: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek. 1238–1938. Hamburg 1938, S. 177-183.
11. Statistik des Deutschen Reichs Bd. 382, Heft II. Berlin 1932, S. 27-29, S. 77 bzw. Bd. 434, Berlin 1935, S. 50-51, S. 118, S. 188-190.
12. Vernehmungsprotokoll Julius Schreck, 25.3.1943.
13. Notiz über SA-Unterrührerbesprechung in Reinbek. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 1.
14. Aussage Truppführer Richter, 11.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 1.
15. Aussage Karl Jäger, 11.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 1.
16. Aussage Karl Jäger bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 3.
17. Aussage Karl Jäger bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 3.
18. Aussage Carl Franke bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 3.
19. Ebda.
20. Rudolf Stienen, Die Sachsenwaldschule in Reinbek. In: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek. 1238–1938. Hamburg 1938, S. 167-173.
21. Ebda.
22. Friedrich-Wilhelm Hoffmann, 50 Jahre Sachsenwaldschule. In: 50 Jahre Sachsenwaldschule. Reinbek 1974, S. 9.
23. Martha Gosch, Eine Lehrerin erinnert sich. In: 50 Jahre Sachsenwaldschule. Reinbek 1974, S. 48, und Bavendamm, Reinbek, S. 135.
24. Aussage Carl Franke bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 3.
25. Ebda.
26. Aussage Richard Rathmann bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 4.
27. Aussage des Schülers P. bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 2.
28. Ebda.
29. Urteil des Sondergerichts Kiel gegen Julius Schreck, 23.11.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 103 und 105.
30. Aussage des Schülers P. bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 2.
31. Aussage des Schülers M. bei der Gestapo, 1.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 47.
32. Aussage des Julius Schreck bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 7.
33. Vermerk der Gestapo, 26.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 7
34. Aussage des Julius Schreck bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 7.
35. Michael Hensle, Sondergerichte. In: Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1998, S. 736.
36. Uwe Danker, Der Schutz der „Volksgemeinschaft“. Zur Arbeit des schleswig-holsteinischen Sondergerichts in statistischer Hinsicht sowie an den Beispielen Rundfunk- und Volksschädlingsverordnung. In: Robert Bohn / Uwe Danker (Hg.), „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932–1945. Hamburg 1998, S. 39.
37. Danker, „Volksgemeinschaft“, 39ff. – Robert Bohn, Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein. In: Bohn / Danker, Sondergericht, S. 25f.
38. Vgl. Eckhard Colmorgen, Das Schleswig-Holsteinische Sondergericht Altona/Kiel, 1932–1945. Ein Aktenerschließungsprojekt. Schleswig 1995, S. 15-16 [= IZRG-Hefte, 3].

39. Danker, „Volksgemeinschaft“, S. 47-48, S. 53.
40. Vermerk der Gestapo, 26.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 6.
41. Abschlussbericht der Gestapo an den Oberstaatsanwalt beim Sondergericht in Kiel, 3.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 54.
42. Ebda.
43. Eidesstattliche Versicherung von Julius Schreck, 22.1.1946. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822. Zur Haftzeit liegen auch Auszüge aus dem Tagebuch der Ehefrau Schrecks vor, die ihre Tochter anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Sachsenwaldschule im Jahre 1994 zusammengetragen hat. Barbara Schreck, Julius Schreck. Unveröffentlichtes Manuskript, ohne Ort 1994. In: Nachlass Julius Schreck, Privatbesitz Goswin Schreck, Velbert.
44. Urteil des Sondergerichts Kiel gegen Julius Schreck, 23.11.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 102.
45. Eidesstattliche Versicherung von Julius Schreck, 22.1.1946. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
46. Hermann Luithlen an die Staatsanwaltschaft Kiel, 12.1.1944. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 131.
47. Hermann Luithlen an den Reichsjustizminister, Otto Georg Thierack, 29.3.1944. In: BArch R3001/146221.
48. Hermann Luithlen an die Staatsanwaltschaft Kiel, 12.1.1944. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 131.
49. Eidesstattliche Versicherung von Julius Schreck, 22.1.1946. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
50. Rechtsanwalt Ewers an die Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht in Kiel, 14.5.1943, S. 8. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 37f.
51. Chronik 75 Jahre Sachsenwaldschule.
52. Interview mit Holger Knack, 25.7.2014.
53. Deutscharbeit Nr. 10, Klasse 3b, Sachsenwaldschule, 24. April 1941. Zwar ist der Name Julius Schreck auf dem „Aufgabenblatt“ nicht zu finden, gleichwohl findet sich hier genau Schrecks damalige Kritik wieder und vor allem erwähnt der Schüler Holger Knack, der den Aufgabenzettel an sich genommen hatte, dass die Aufgabe von Julius Schreck stammt. Interview mit Holger Knack, 25.7.2014.
54. Notiz von Julius Schreck in einem Büchlein für seine Tochter, 17.4.1938, hier in Abschrift. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 25.
55. Antrag Julius Schreck auf Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, März 1954. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
56. Aussage von Rudolf Stienen in einem Schreiben des Amtsvorstehers in Reinbek an den Oberstaatsanwalt in Kiel, 30.4.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 25.
57. Abdruck des Dokuments in der Langfassung dieses Beitrags, vgl. oben.
58. Erklärung von Julius Schreck, o. D. [ungefähr Oktober 1945], Anlage zum Fragebogen der Militärregierung vom 17.10.1945. In: LAS, Abt. 460.15 Nr. 337.
59. Ebda.
60. Ebda.
61. Ebda.
62. Ebda.
63. Eidesstattliche Erklärung von Julius Schreck, 25.10.1947. In: LAS, Abt. 460.6, Nr. 187.
64. Julius Schreck an Kurt Knack, 9.12.1944. Die betreffende Korrespondenz wird an das Stadtarchiv Reinbek übergeben.
65. Julius Schreck an Kurt Knack, 1.11.1944. Die betreffende Korrespondenz wird an das Stadtarchiv Reinbek übergeben.
66. Aussage des ehemaligen Schülers K., 18.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 58.
67. Erklärung von Julius Schreck, o. D. [ungefähr Oktober 1945], Anlage zum Fragebogen der Militärregierung vom 17.10.1945. In: LAS, Abt. 460.15 Nr. 337.

68. Ebda.

69. Ebda.

70. Julius Schreck an Kurt Knack, 9.12.1944.

71. Gedenken an Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944. In: Der Tagesspiegel, 20. Juli 2013, www.tagesspiegel.de/berlin/kranzniederlegungen-in-berlin-gedenken-an-widerstandskaempfer-vom-20-juli-1944/8525252.html [Aufruf 16.8.2014].

72. Die Diskussion zum 20. Juli kann hier nicht ausführlich erfolgen; einen kurzen Überblick bietet: Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner*. München 1997, S. 214f.

73. Die meisten Strafverfahren (Anklageschrift und Urteil) gegen Oppositionelle sind zu finden in der Mikrofiche-Edition des Instituts für Zeitgeschichte. Leider ist diese aufwändige Edition gerade von der lokalgeschichtlichen Forschung kaum zur Kenntnis genommen worden. Jürgen Zarusky / Hartmut Mehringer (u. a. Hg.), *Widerstand als „Hochverrat“ 1933–1945*. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition *Widerstand als Hochverrat*. München 1998.

74. Interview des Verfassers mit Bernhard Donati, 25.7.2014, und Dietlinde Kröger an den Verfasser, 20.10.2013.

Der Autor

Sönke Zankel, Jg. 1973, Studium der Geschichte, Evangelischen Religion, Philosophie, Deutsch und Wirtschaft/Politik an der Kieler Christian-Albrechts-Universität; Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München zum *Widerstand der sogenannten „Weißen Rose“*. Zurzeit: Studienrat am Ludwig-Meyn-Gymnasium in Uetersen, Lehrbeauftragter am Zentrum für Lehrerbildung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Referententätigkeiten in der Aus- und Fortbildung von LehrerInnen, Autor fachwissenschaftlicher, pädagogischer und fachdidaktischer Beiträge, ausgezeichnet mit dem Deutschen Lehrpreis (2013).

Abstract

Im Zentrum des Beitrags steht der Reinbeker Lehrer Julius Schreck (1891–1963), der 1943 vom Sondergericht Kiel verurteilt wurde, weil er sich in der Schule gegenüber Lehrern und Schülern kritisch zur nationalsozialistischen Politik geäußert hatte. Ermittlungen der Gestapo wurden eingeleitet, es kam zu zahlreichen Vernehmungen. Dabei wurden nicht nur Reinbeker Bürger, sondern auch Schrecks Lehrerkollegen sowie seine Schüler verhört.

In diesem Aufsatz wird insbesondere untersucht, warum gegen den Pädagogen ermittelt wurde und wo er politisch einzuordnen ist.

Der Aufsatz basiert auf den Quellenbeständen lokaler Archive, des Landesarchivs Schleswig und des Bundesarchivs Berlin. Zudem wurden private Überlieferungen herangezogen und Zeitzeugen interviewt.